

sowie Kali+Salz (K+S).

Welche Intention die Gründer verfolgten, macht die oben zitierte interne Notiz aus der Bayer-AG von 1981 deutlich. Verschiedene Schriftstücke sowie die inhaltliche Ausrichtung einiger Forschungsarbeiten, die die Hans-Joachim-Martini-Stiftung finanziert beziehungsweise mit Geldpreisen belohnt hat, legen den Schluss nahe, dass Stifter mit ihrem finanziellen Einsatz inhaltlich Einfluss auf die Arbeit der Bundesanstalt nehmen wollten, heißt es.

So zahlte die Hans-Joachim-Martini-Stiftung 1995 insgesamt 50.000 D-Mark für eine umstrittene Studie, die belegen sollte, dass Kohlendioxid (CO₂) nicht die Hauptursache für den drohenden Klimawandel sei. Auf den einschlägigen Internet-Seiten der Klimaskeptiker werden die Autoren und die BGR bis heute als „Pioniere des Klimarealismus“ gefeiert.

Auch bei der Endlagersuche war die BGR stark engagiert – ebenfalls mit zweifelhaften Ergebnissen. So rügte im Februar 2011 Greenpeace eine Gorleben-Studie der BGR, der zufolge Gorleben zur Lagerung radioaktiven Mülls geeignet sei, obwohl bereits bei den ersten Vorbohrungen im Salzstock Gorleben Anfang der 1980er-Jahre Gasvorkommen entdeckt worden waren. Die Konzentration des Gases sei zu gering, um eine Gefahr darzustellen, der Salzstock sei dicht, hieß es damals. Für diese Feststellung erhielten die Autoren einen Hans-Joachim-Martini-Preis. Ein von Greenpeace beauftragter Geologe hielt die BGR-Ergebnisse für fehlerhaft.

Das Thema ist bis heute umstritten und wie glaubwürdig die Studien der BGR in diesem Zusammenhang noch einzuschätzen sind, bleibt offen. Denn der Einfluss der Martini-Stiftung auf die BGR ist nur schwer überprüfbar. Forschungs- und Preisgelder

wurden weitgehend intransparent vergeben. Manchmal, so zeigen die den Medien vorliegenden Dokumente, reichte eine handschriftliche Notiz. In einigen Fällen lässt die Auswahl der Forschungsprojekte und prämierten Wissenschaftler aber deutlich die Handschrift jener Industriebranchen erkennen, aus denen auch die Spenden kamen.

In einem Bericht bezeichnete die Innenrevision des Bundeswirtschaftsministeriums 2012 die von der Stiftung vergebenen Preisgelder als unzulässige „Geschenke“ und kritisierte, dass ausschließlich BGR-Angestellte zum Kreis der Begünstigten gehörten.

Die Stiftung und ihr finanzielles Engagement bei der BGR sind bis heute nicht öffentlich kommuniziert. Die Stiftung ist unter der Anschrift der BGR gemeldet, die Aufgabe des Geschäftsführers wurde in den vergangenen Jahrzehnten stets von Mitarbeitern der BGR übernommen. Vorsitzender ist laut Satzung der Vorsitzende des BGR-Kuratoriums, derzeit Martin Bachmann, Vorstandsmitglied der Wintershall Holding und Vorsitzender des Bundesverbandes Erdgas, Erdöl und Geoenergie (BVEG). Sein derzeitiger Stellvertreter ist nach Auskunft der Stiftung der Vorstandsvorsitzende der Ruhrkohle AG, Bernd Tönjes. Das Stiftungsvermögen beträgt derzeit rund 400.000 Euro, neue Spenden sind laut Auskunft der Stiftung in den letzten zehn Jahren nicht mehr eingegangen.

Schriftlich erklärte der Geschäftsführer der Stiftung, dass man „aus Gründen des Daten- und Persönlichkeitsschutzes“ weder Angaben zu einzelnen Spendern noch zu einzelnen Preisträgern machen könne. Den Verdacht der inhaltlichen Einflussnahme der Industrie auf die BGR mittels der Hans-Joachim-Martini-Stiftung wiesen BGR und Stiftung aber zurück. Als Beleg führen beide Einrichtungen fast wortgleich an, daß „Förderer der

Stiftung keinen Anspruch auf einen Sitz im Stiftungsrat haben und somit auch nicht auf eine förmliche Beteiligung an der Entscheidungsfindung“.

Die atompolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Sylvia Kotting-Uhl, sieht hingegen durch die Existenz und das jahrzehntelange Wirken der Hans-Joachim-Martini-Stiftung „die Unabhängigkeit und Seriosität der BGR kompromittiert und die Regierungspolitik korrumpiert“. Das Bundeswirtschaftsministerium, die Aufsichtsbehörde der BGR, wies diesen Verdacht zurück. Der niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) forderte, die bisherigen Studien und Stellungnahmen der BGR im Lichte der jetzt vorliegenden Erkenntnisse noch einmal zu überprüfen.

Quelle: Björn Siebke NDR, www.ndr.de

Atommüll-Endlager

Die Suche nach Zufallsbürgern zur Standortauswahl beginnt

Das Bundesamt für Strahlenschutz hat am 14. Juli 2016 die vergaberechtliche Bekanntmachung des UFOPLAN-Vorhabens 3616E03210 „Auswahl von Bürgerinnen und Bürgern für das Nationale Begleittremium im Standortauswahlverfahren nach einem Zufallsverfahren sowie deren Vorbereitung auf ihre Aufgabe“ veröffentlicht. Angebote können bis zum 11.08.2016 um 15 Uhr abgegeben werden.

Der Bundestag hatte wie bereits berichtet die Einrichtung eines Nationalen Begleittremiums als unabhängige gesellschaftliche Instanz im Standortauswahlverfahren für ein Endlager für insbesondere hoch radioaktive Abfälle beschlossen, das unmittelbar

nach Abschluss der Arbeiten der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe eingesetzt werden soll. Drei der Gremiumsmitglieder sind dabei zufällig aus der Bevölkerung auszuwählen und durch die Bundesumweltministerin zu ernennen. Ziel des Vorhabens soll sein, in einem qualifizierten und transparenten Verfahren drei Personen, darunter eine Person als Vertreter/in der jungen Generation (16 bis 27 Jahre) für das Nationale Begleittremium in kurzer Frist auszuwählen. Hierzu sollen geeignete sozialwissenschaftliche Methoden für die Auswahl identifiziert und angewandt werden. Das Vorhaben soll darüber hinaus einen Erkenntnisgewinn für die späteren, im Standortauswahlverfahren durchzuführenden Prozesse der Öffentlichkeitsbeteiligung liefern.

Die Vergabeunterlagen stehen zum freien Download unter www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?2&id=130795 zur Verfügung.

Göttingen, 24. Sept. 2016

9. Atommüllkonferenz

Zur 9. Atommüllkonferenz laden die Standortinitiativen für den 24. September 2016 nach Göttingen ein. Inhaltliche Schwerpunkte sind die aktuellen und kommenden Probleme bei Zwischenlagerung für abgebrannte Kernbrennstoffe, die Änderungen, die sich aufgrund von EU-Vorgaben im Strahlenschutzrecht abzeichnen und die verschiedenen Folgen der Arbeit der Kommission „Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“ sowie Planungen zum Projekt Atommüllreport.

Volkshochschule Göttingen, Bahnhofsallee 7, 37081 Göttingen, 24. Sept. 2016, 11-17 Uhr, www.atommuellkonferenz.de, anmeldung@atommuellkonferenz.de